Innenminister entfernt ACAB-Schriftzug

Erfurt ist zum El Dorado der ACAB-„Künstler“ geworden

Erfurt (RS) – Es gibt kaum ein Gebäude oder Objekt, welches in der Landeshauptstadt nicht durch den Schriftzug ACAB („All cops are bastards“) „künstlerisch“ verschandelt wurde. Ein Phänomen, welches in den vergangenen Jahren stetig zugenommen hat und aktuell ein Ausmaß erreicht, welches auch den Innenminister Georg Maier veranlasste, in einer öffentlichkeitswirksamen Aktion selbst Hand anzulegen und einen dieser Schriftzüge zu beseitigen.

Schließlich ist es eine Beleidigung aller Polizisten im Lande, wenn diese als Bastarde bezeichnet werden. Oder, um es einmal auf Deutsch zu sagen, hier wird zum Ausdruck gebracht, dass Polizisten als minderwertig angesehen werden.

Nun wollte Maier mit dieser Aktion ein Zeichen setzen und zum Ausdruck bringen, dass solche Beleidigungen gegen einen ganzen Berufsstand nicht länger geduldet werden können. Nach den Worten des Innenministers ist es eine Aufgabe der ganzen Gesellschaft, so etwas nicht länger zu dulden.

Aussagen, die sicher bei allen Kolleg(inn)en auf volle Zustimmung treffen. Auch der überwiegende Teil der Menschen im Freistaat wird diesem Ansinnen zustimmen.

Neuer jüdischer Friedhof in Erfurt verunstaltet

Aber leider gibt es Menschen, welche offensichtlich nicht davon lassen können, ihre Beleidigungen gegen Polizisten unbeeindruckt fortzusetzen. So wurde keine drei Tage nach der Aktion des Innenministers die Mauer des Neuen jüdischen Friedhofs beschmiert. Der ACAB- sowie der Antifa-Schriftzug lassen zumindest erahnen, welch geistig Kind da am Werke war.

Innenminister Georg Maier beseitigt öffentlichkeitswirksam einen ACAB-Schriftzug.

Offensichtlich wird hier eine richtige und gut gemeinte Aktion des Innenministers ungehört verhallen. Doch wie kam es zu dieser Entwicklung und warum werden solche Beleidigungen eines ganzen Berufsstandes auch heute noch als schlechter beziehungsweise danebengegangener Scherz abgetan, wie es jüngst in einem Tweet der der Landtagsfraktion der Grünen zu lesen war. Hier hatte die CDU-Fraktion ein Bild ins Gedächtnis zurückgerufen, auf welchem die Fraktionsvorsitzenden von Linken, Grünen und SPD zu sehen waren und in dessen rechter unterer Ecke der Schriftzug ACAB – wohl nachträglich – eingefügt wurde.

Der ACAB-Schriftzug ist in Erfurt allgegenwärtig.

Dabei sind die Grünen sowie die SPD wohl eher ungewolltes Opfer einer Kampagne geworden, welche ihre Wurzeln im Verhältnis einiger Mitglieder der Linken zur Polizei haben. Bereits im Jahr 2014 gab es im Wahlkampf Irritationen, als die Linksjugend [’solid] ihren Wahlkampfauftakt auf dem Erfurter Wenigemarkt mit einer Foto-Wall eines prügelnden Polizisten, in die jeder seinen Kopf durchstecken und sich ablichten konnte, sowie dem Slogan „Polizeigewalt abwählen“ gestaltete. Ergänzt wurde es seinerzeit durch ein im Internet verbreitetes Wahlkampfvideo, in welchem dazu aufgerufen wurde, über persönliche Erfahrungen mit prügelnden Polizisten zu berichten.

Bereits damals forderte die DPolG in einem offenen Brief den damaligen Spitzenkandidaten der Linkspartei, Bodo Ramelow, auf, sich bei der Thüringer Polizei öffentlich zu entschuldigen!

Diese Entschuldigung gab es

Impressum:
Landesverband
und Redaktion:
Deutsche Polizeigewerkschaft
Thüringen e. V. unter Vorsitz von
Jürgen Hoffmann (V. i. S. d. P.)
Schwerborner Straße 33
99086 Erfurt
Tel.: 0361.2657097
Fax: 0361.2658959
E-Mail:
presse@DPolG-Thueringen.de
Twitter: @DPolGThueringen
ISSN 09 45 – 05 13
Autoren sind in den Beiträgen bezeichnet und der Redaktion namentlich bekannt.

natürlich nicht. Wer nun dachte, dass auch in der Linken mit der Übernahme der Regierungsverantwortung ein Umdenken im Verhältnis zur Polizei, deren oberster Dienstherr sie ja nun als Regierungspartei geworden ist, einsetzte, wurde schnell eines Besseren belehrt. Zwei Jahre später kursierte das bereits beschriebene Bild mit den Fraktionsvorsitzenden der drei Regierungsparteien und dem ACAB-Schriftzug im Netz.

Seinerzeit forderte die DPolG Thüringen erneut eine Entschuldigung von Bodo Ramelow, welcher zwischenzeitlich Ministerpräsident des Freistaates war.

Statt sich zu entschuldigen, zog Ramelow die Aktion ins Lächerliche

Doch statt die erneute Entgleisung zu verurteilen, zog er diese ins Lächerliche, indem er verschiedene Deutungsmöglichkeiten des Schriftzuges ACAB über Twitter veröffentlichte.

Nun sind weitere zwei Jahre vergangen, und die Linke scheint ihr Verhältnis zur Polizei noch immer nicht ausreichend geklärt zu haben. Noch immer sehen einige Vertreter der Linken die Polizei als potenziellen Gegner. Dabei ist es diesen Menschen offensichtlich entgangen, dass die Linke mit der Übernahme der Regierungsverantwortung auch der oberste Dienstherr der Polizistinnen und Polizisten im Freistaat geworden ist und somit auch eine Fürsorgepflicht für unsere Kolleg(inn)en hat.

Doch welches Bild müssen unsere Kolleg(inn)en von ihrem Dienstherren haben, wenn sie an jeder Ecke der Stadt lesen müssen, was zumindest Teile der Linken von ihnen hält.

Da mag die Aktion des Innenministers noch so gut und ehrlich gemeint sein. Aber er wird ein einsamer Rufer in der Wüste bleiben, wenn nicht endlich in Teilen der Linken ein Umdenken einsetzt und sie die Polizisten nicht weiter als minderwertige Teile der Gesellschaft betrachten. Viel Zeit zum Umdenken bleibt nun aber wirklich nicht mehr, denn bereits in einem Jahr wird der Landtag neu gewählt!

Roland Spitzer

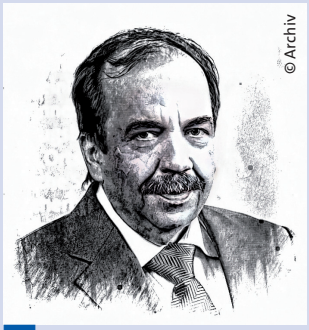
Der Kommentar

Eskaliert die Gewalt gegen Polizisten?

Von Roland Spitzer

Noch während ich den Artikel zur Aktion des Thüringer Innenministers Georg Maier schreibe, in welchem er eigenhändig einen ACAB-Schriftzug übermalt, laufen permanent Meldungen in den sozialen Medien, welche über Gewaltakte gegen unsere Kolleginnen und Kollegen beziehungsweise Einrichtungen und Fahrzeuge der Polizei berichten.

Offensichtlich hat es sich als gesellschaftsfähig etabliert, Polizisten nicht mehr als Menschen, sondern als minderwertige Teile unserer Gesellschaft anzusehen. Menschen werden nur wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer Berufsgruppe diffamiert und angegriffen. Offensichtlicher Ausdruck sind die ACAB-Schmierereien, welche immer häufiger zu sehen sind. Und dies nicht nur zu typischen Daten wie dem 1. Mai. Aber auch Sachbeschädigungen und Angriffe mit durch Zwillen verschossenen Stahlkugeln auf Polizeiobjekte lassen vermuten, dass hier eine unsägliche Spirale der Gewalt in Gang gekommen ist. Gewalt, welche nicht


© Archiv

Roland Spitzer

davor zurückschreckt, unseren Kolleg(inn)en körperlichen Schaden zuzufügen.

Doch wie konnte es so weit kommen und was ist in der Zukunft noch zu befürchten? Nun ist es kein Geheimnis, dass diese Gewalt mutmaßlich zum überwiegenden Teil von Personen ausgeht, welche sich dem politisch linken Spektrum zugehörig wähnen und in der Linkspartei ihre politische Heimat sehen. Woher kommt dieser Hass auf eine ganze Berufsgruppe und wie wird er begründet?

Sicher, wie in allen Berufsgruppen gibt es auch bei der Polizei Menschen mit unterschiedlichem Charakter und Verhaltensweisen. Die einen sind einem mehr und andere eben weniger sympathisch. Aber das ist ja keine Besonderheit im Polizeiberuf. Ebenso, wie es keine polizeitypische Besonderheit ist, dass Menschen eine unterschiedliche Tagesform haben und einmal sehr nett sowie ein anderes Mal eben weniger freundlich sind. Das kennt man jedoch auch von Ärzten, Verkäuferinnen oder auch den Kolleg(inn)en im Arbeitsalltag. Das ist normal und kann nicht der Auslöser für den Hass sein, wie ihn unsere Kolleg(inn)en täglich erleben müssen.

Doch wer steckt nun hinter solchen Gewaltexzessen, welche psychisch oder auch physisch gegen unsere Kolleg(inn)en verübt werden? Da hebt sich eine Gruppe besonders hervor, welche sich unter dem Sammelbegriff Antifa vereinigt. In dieser sich dem linken Spektrum zurechnenden Gruppe ist Gewalt – welcher Natur auch immer – offensichtlich ein probates Mittel zur Konfliktlösung. Und wenn es keine Konflikte zu lösen gibt, dann wird halt der eigene Frust an der Polizei ausgelebt.

Verständnis kann man dafür nicht wirklich haben, aber eventuell kann man einen Grund für den Frust in der Zeit sehen, in der die Linke noch nicht in der Regierungsverantwortung war. Viele Demonstrationen aus dem linken Spektrum richteten sich gegen die Politik der Regierungsparteien. Und wenn die Polizei zum Einsatz kam, um einerseits das Demonstrationsrecht sowie andererseits die Sicherheit Unbeteiligter zu sichern, kann dies durchaus auch einmal als störend oder gar lästig empfunden worden sein. Doch nun ist in Thüringen die Linke seit Jahren in der Regierungsverantwortung und stellt bekanntermaßen mit Bodo Ramelow auch den Ministerpräsidenten.

Trotz Regierungsverantwortung keine Entspannung

Diese Regierungsverantwortung brachte es auch mit sich, dass die Linke neben den anderen Koalitionsparteien auch oberster Dienstherr der Polizei und somit auch für deren Einsatz sowie das Wohlergehen der Polizisten im Freistaat ist. Dennoch ist keine Entspannung

im Verhältnis zur Polizei zu verzeichnen. Vielmehr ist eine Eskalation spürbar. Optisch manifestiert sich dies in den zahlreichen ACAB-Schriftzügen. Aber auch die Angriffe auf Einrichtungen und Fahrzeuge der Polizei lassen auf eine Eskalation im Verhältnis bestimmter linker Kreise zur Polizei schließen.

Dies oft ohne einen konkreten Anlass, sondern nur aufgrund der Tatsache, dass sich Menschen für einen bestimmten Beruf entschieden haben. Man ist nicht bereit, hinter den Polizisten den Menschen zu sehen, welcher diesen Beruf ausübt. Offensichtlich sehen einige in Polizisten Menschen zweiter Klasse. Zugespitzt ist es eine Form der Apartheit, welche Menschen einen gleichwertigen Status in der Gesellschaft verweigert. Dies von einer Gruppe, welche nicht müde wird, immer wieder zu betonen, dass doch alle Menschen gleichwertig sind und alles andere nur eine Form des Rassismus ist.

Doch wie so oft im Leben klafft hier wohl eine große Lücke zwischen dem Anspruch an andere und dem eigenen Weltbild.

Gesellschaft muss sich schützend vor die Polizei stellen

Offensichtlich finden diese „Aktivisten" der Antifa genügend Rückhalt in Kreisen der Linken. Statt öffentlich und massiv gegen deren Verhaltensweisen aufzutreten, findet eine – wenn auch stillschweigende – Duldung solcher Aktivitäten statt. Dieses Verhalten empfinden einige dieser „Aktivisten" vermutlich als Aufmunterung für weitere Aktionen.

Ebenso haben es Teile der Linken noch immer nicht verstanden, ihre Rolle als Regierungspartei einzunehmen und ihre Abneigung gegen die Kolleg(inn)en abzulegen. Sie sehen noch immer die Polizei als persönlichen Feind, den es zu bekämpfen gilt.

Dies manifestiert sich auch in immer weiter gehenden Forderungen zur Kennzeichnungspflicht der im Einsatz befindlichen Kollegen. Es ist ja nicht so, dass unsere Polizisten nicht zu identifizieren wären. Kolleg(inn)en im Streifendienst tragen Namensschilder, und wer in geschlossenen Einheiten seinen Dienst versieht, ist anhand der Kennzeichnung ebenfalls eindeutig zu identifizieren. Man fragt sich, was da noch kommen soll – die private Anschrift? Das ginge dann wohl doch zu weit. Doch leider sind Polizisten und ihre Familien auch in ihrer Privatsphäre nicht mehr sicher.

Dass dies keine meinem Gehirn entsprungene Fiktion ist, wurde leider durch einen Vorfall bestätigt, welcher sich zeitgleich mit dem Schreiben dieser Zeilen in Hitzacker ereignete. Nachdem der Name und die Anschrift auf einschlägigen Seiten des radikalen linken Spektrums veröffentlicht wurden, sahen sich teils vermummte Radikale veranlasst, den Wohnsitz des Polizisten aufzusuchen und gleich einer Sippenhaft auch seine Familie zu bedrohen. Noch ist es in Thüringen nicht so weit, aber betrachtet man die Entwicklung in Thüringen aufmerksam, so ist es wohl nur eine Frage der Zeit, bis sich solch ein vermummter Clan des linken Spektrums auch vor den Wohnungen und Häusern unserer Polizisten versammelt, um diese massiv zu bedrohen.

Abgesehen von den strafrechtlichen Aspekten wird hier ein Klima geschaffen, welches nur dazu beiträgt, Misstrauen und im schlechtesten Fall auch Hass zu schüren. Eine Entwicklung, welche übrigens nicht von unseren Kolleg(inn)en befördert wird.

Auch Polizisten haben ein Recht auf Unversehrtheit und Integration in dieser Gesellschaft. Hier ist die Politik gefragt! Dies jedoch nicht nur in bedauernden Statements, wenn es wieder einmal einen Vorfall gab, sondern im nachhaltigen Handeln zum Schutz der Frauen und Männer, welche sich für den Polizeiberuf entschieden haben. Dies ist nicht nur ein Apell, sondern in erster Linie eine Forderung an den Dienstherren der Thüringer Polizei, seiner Pflicht zum Schutz der eingesetzten Kolleg(inn)en nachzukommen.

Bliebe abschließend nur zu wünschen, dass solch ein Kommentar zukünftig überflüssig wird. ■

Kurz notiert …

Rechtsschutz der DPolG half bei Beförderung

Seit Jahren bemühte sich unser Kollege Michael Müller (Name wurde geändert und ist der Redaktion bekannt) um eine Beförderung und die dazugehörige Erhöhung der Besoldungsgruppe. Da seine Bemühungen erfolglos blieben, wandte sich Kollege Müller an seine Gewerkschaft und bat um entsprechenden juristischen Beistand. Dieser konnte ihm im Rahmen unseres Rechtsschutzes auch gewährt werden.

Unser Rechtsschutzpartner vom dbb hat für Kollegen Müller das einstweilige Rechtsschutzverfahren vor dem Verwaltungsrecht Weimar geführt. Noch während des laufenden Verfahrens wurde Herr Müller mit Wirkung zum 28. August 2017 in das angestrebte Amt mit der entsprechenden Besoldungsgruppe befördert.

Wir freuen uns für unseren Kollegen und sehen im Ausgang des Verfahrens auch einen weiteren Erfolg des von der DPolG angebotenen Rechtsschutzes.

Arbeitskreis Polizei der CDU spricht sich für schnellere Beförderung aus

Mitte Mai tagte der Arbeitskreis Polizei der Thüringer CDU, in welchem auch die DPolG aktiv tätig ist. Neben vielen anstehenden Problemen innerhalb der Thüringer Polizei wurde auch eine Forderung, welche die DPolG seit Langem vertritt, aufgegriffen und öffentlich gemacht.

So sprachen sich die Mitglieder des Arbeitskreises für eine zehnprozentige Beförderungsquote innerhalb der Polizei im Freistaat aus. Ausschlaggebend für diese Forderung war die Tatsache, dass ein Polizist in Thüringen im Schnitt 23 Jahre auf eine Beförderung warten muss.

Solch eine Vorgehensweise trägt wenig zur Motivation der Kolleg(inn)en im Dienstalltag bei. Ebenso ist es mit solchen Berufs- und Karriereaussichten immer schwieriger, junge Menschen für den Polizeiberuf zu begeistern. Abgesehen davon, dass es in anderen Bundesländern in Sachen Beförderung, aber auch Besoldung oft viel besser bestellt ist.

Wer will es da jungen Kollegen verübeln, wenn sie sich nach Einsatzmöglichkeiten im Polizeidienst anderer Bundesländer umsehen. Erst wenn unsere Kollegen auch eine sichere und zeitnahe Perspektive in ihrem Beruf haben, wird es gelingen, diese langfristig an den Polizeidienst in Thüringen zu binden.

Bundesliga ist nicht nur ein reines Privatvergnügen

Der Schutz von Bundesliga-Hochrisikospielen ist nach wie vor eine personal- und zeitintensive Aufgabe der Polizei

Betrachtungen von Jürgen Hoffmann, Landesvorsitzender der DPolG Thüringen

Die Beobachtungen und Berichte über die Abläufe und Geschehnisse rund um Risikofußballspiele der drei Profiligen lassen die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung schwerlich erkennen.

Realität ist, dass Uneinsichtige, Ultras oder andere gewaltbereite Störergruppen zu keinerlei Umkehr in ihrem bisherigen Handeln bewegt werden konnten. Vielmehr hat die Intensität der Handlungen dieser Gruppierungen sogar zugenommen. Hinzu kommt, dass die Polizei lediglich als „Feindbild“ dieser Störer angesehen wird.

Ein sicherheitsorientierter Dialog wird zwar sehr oft erwähnt, aber diese Gruppierungen verschließen sich gegen solche Bestrebungen. Somit ist die öffentliche Sicherheit und Ordnung im Zusammenhang mit den erwähnten Hochrisikospielen nur ein Fremdwort und schon lange kein Maßstab für einen störungsfreien Ablauf solcher Begegnungen im Fußball.

Öffentlich-rechtliche Sicherheitsvorschriften beziehungsweise Verbandsvorschriften existieren für solche Störer nicht, es gelten ihre Auffassungen und Handlungsabsichten und nicht, was Recht und Gesetz bestimmen.

Sie können es ja auch, in den Stationen und Anmarschwegen Bengalos, Feuerwerkskörper oder andere Knallkörper zur Explosion bringen. Nicht nur das, wenn es ihnen nicht passt, setzen sie diese Knallkörper gegen andersdenkende oder verfeindete Personen und Gruppierungen ein.

Die Rolle der Ordnungskräfte beschränkt sich aufs Zuschauen

Die Rolle der Ordnungskräfte und der Polizei beschränkt sich aufs Zuschauen. Sichern und beobachten oder einschreiten geht gar nicht.

Dabei weiß nun wirklich jeder, dass beim Anzünden und Verschießen von pyrotechnischen Mitteln das Leben und die Gesundheit von Personen gefährdet wird, wenn die geltenden Sicherheitsvorschriften missachtet werden. Und diese werden immer wieder ignoriert.

Offensichtlich interessiert es diese Gruppierungen, aber auch die Veranstalter recht wenig, denn es kommt immer wieder zu solchen Vorfällen und keiner zeigt Bemühungen, diese zu verhindern. Anschließende Ermittlungen kosten viel Aufwand und personelle Unterlegungen, wobei die Abstrafungen milde sind, sofern sie denn überhaupt erfolgen. Man fragt sich, nimmt das noch jemand ernst?

Veranstalter, Vereine und Verbände entziehen sich der Verantwortung

Offensichtlich sehen es die Veranstalter nicht als ihre Problematik an. Denn was unternehmen die Veranstalter, die Vereine, Verbände, DFB und DFL gegen solche Verhaltensweisen? Wie viel der gewinnträchtigen Einnahmen werden für Sicherheit und Ordnung verwandt? Und was kommt davon der Polizei zugute?

Leider ist festzustellen, dass effektive Maßnahmen zur Unterbindung, zumindest zur Eindämmung, solcher Gewaltdelikte bislang ausblieben.

Die Verantwortlichen reden zwar viel, aber handeln viel zu wenig, denn effektive Gegenmaßnahmen bleiben aus!

Man nimmt, teils widerwillig, Sportgerichtsstrafen in Kauf. Spiele werden an neutralen Orten ausgetragen. Diese zusätzlichen Kosten und Mindereinnahmen werden eher akzeptiert, statt einmal das Geld dafür zu verwenden, dass Ordnung und Sicherheit bei den eigenen Spielen gewährleistet wird. Offensichtlich ist das billiger, denn die Polizei bekommt man ja ohne weitere Kosten!

Es ist schon lange an der Zeit, die existierenden Sicherheitsvorgaben der Veranstalter genauer unter die Lupe zu nehmen und für wirkungsvollere Sicherheitsmaßnahmen (zum Beispiel Einlassbereich, Fanblocks et cetera) Sorge zu tragen. Die eigentliche Verantwortung für die Umsetzung der Sicherheitspflichten liegt nicht bei Polizei, sondern beim Veranstalter der Großveranstaltung!

Es obliegt der Genehmigungsbehörde sowie den Veranstaltern, den Regeln der Sicherheit und Ordnung bei einem Fußballspiel Geltung zu verschaffen. Und das betrifft nicht nur – wie scheinbar fälschlicherweise angenommen –, den Einsatz eines Schiedsrichters auf dem Platz!

Es wird der Eindruck geprägt, dass in vielen Fällen die allgemeinen Ordnungsbehörden die Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung nach OBG nicht als eigene Aufgabe angesehen wird, sondern als Aufgabe der Polizei. Das ist aber nicht der Fall, in erster Linie haben die allgemeinen Ordnungsbehörden mit ihrem Bürgermeister dafür Sorge zu tragen, dass ein angemessener Sicherheitsgrad von Spiel zu Spiel geschaffen wird, der wirkungsvolle Maßnahmen gegen diese Störungen der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung als Auflagen normiert und durch diese Behörden am Veranstaltungstag auch einer straffen Umsetzungskontrolle unterliegt. Nicht die Polizei ist hier zuständig, sondern die Ordnungsbehörden.

Die gesetzliche Aufgabe der allgemeinen Gefahrenabwehr ist zu allererst den allgemeinen Ordnungsbehörden übertragen und nicht der Polizei. Den Ordnungsämtern obliegt es daher, Fußballveranstaltungen mit Auflagen zu versehen, die auf die ständig wieder stattfindende Gewalt wirkungsvoll einwirken und Intensivkontrollen und Sicherheit in den Zuschauerbereichen garantieren.

Dazu gehört auch, wer diesen Auflagen nicht oder nur teilweise nachkommt, muss durch Ersatzvornahmen erzogen werden, damit er in der Zukunft dies umsetzt.

Kommt die Polizei zum Einsatz, weil nur durch das Erscheinen oder Einwirken der Polizei die Großveranstaltung erst ermöglicht, so ist es selbstverständlich, dass der Veranstalter und die Störer dafür zu zahlen haben, dem Steuerzahler ist dies nicht mehr zuzumuten! ■

© DPolG Thüringen